

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 6 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Preußens Ansprüche an das Reich.

Eine Denkschrift der Preussischen Regierung. - Die Sonderrechte für die anderen Länder.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat jetzt eine Aufzeichnung über den Hergang des Konflikts zwischen dem Reich und Preußen dem Landtag übergeben. Diese rein sachliche, durch Akten belegte Darstellung zeigt noch mehr als die bisherigen Parlamentsreden, wie schwer Preußen durch eine Stellungnahme der Reichsregierung geschädigt worden ist, die seit Jahr und Tag die Ansprüche dieses Landes zugunsten von Sonderzuweisungen an andere Länder zurückschraubte, die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit des größten deutschen Freistaates beschränkte, so daß Preußen jetzt gezwungen ist, den Staatsgerichtshof in Anspruch zu nehmen, um die berechtigten Forderungen für sein Volk wirksam vertreten zu können.

Die Denkschrift geht davon aus, daß Preußen in der Reichsverfassung benachteiligt ist, einmal, daß es als einziges Land nicht entsprechend seiner Einwohnerzahl im Reichsrat vertreten ist, sondern nur zwei Fünftel der Reichsratsstimmen beherrscht. Zudem ist die Hälfte dieser Stimmen nicht von der Staatsregierung, sondern von den Provinzialverwaltungen auszuüben.

Die Denkschrift geht dann unter Berufung auf die bereits seit 1919 geltend gemachten Forderungen an das Reich auf die einzelnen Punkte ein, in denen das Reich sich seiner Verpflichtung bisher entzogen hat, obwohl es wiederholt das Recht auf diese Forderungen anerkennen mußte.

Preußen hat von seinem Staatseigentum dem Reich nach dessen Schätzung Werte von 3 1/2 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung zur Verfügung gestellt. Erhalten hat es bisher 65 Millionen Mark.

etwa 2 Proz. des ihm entstandenen Schadens. Dabei verlangte das Reich noch, daß Preußen auf seine weiteren Forderungen verzichte, was natürlich abgelehnt wurde. Für die Abtretung der Saargruben hat Preußen überhaupt nichts erhalten, nicht einmal einen Ersatz der laufenden Einnahmen von 26 Millionen Mark jährlich, die der preussische Staat daraus früher gezogen hatte. Für den Verlust der Staatsforsten durch den Friedensvertrag - ihr Wert stellt rund 1,6 Millionen Mark dar - hat Preußen ebenfalls nichts erhalten, das Reich wertigte sich sogar wenigstens als Abschlagszahlung die 6000 Hektar Forsten Preußen zu überlassen, die es von früheren Truppenübungsplätzen her besitzt.

In dieser Entschädigungsfrage hat die preussische Regierung den Eindruck gewonnen, daß manche Reichsstellen Preußens Erfordernisse einfach ignorieren wollen.

Das Reich hatte ferner auf Grund eines Gesetzes vom 25. Mai 1873 das Recht, den Ländern diejenigen Gebäude zu enteignen, die einer aufs Reich übergegangenen Verwaltung gehören. Es ist aber verpflichtet, diese Gebäude zurückzugeben, sobald sie entbehrlich sind, oder Ersatz zu beschaffen. Nun sind durch die Verminderung der Armee zahlreiche militärische Gebäude für das Reich überflüssig geworden. Obwohl die Reichsregierung mit den anderen Staaten sich auseinandergesetzt hat, weigert

man sich, Preußen gleiche Rechte zuzugestehen. - Ferner steht die Frage noch offen, wie das annähernd 5 Milliarden betragende Restausgleich für den Uebergang der Eisenbahn an das Reich aufzuwerten ist. - Für Forderungen anderer Art, z. B. für die Erstattung von Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege hatte der preussische Staat noch vom Reich 1625 Millionen Mark zu beanspruchen. Er erhielt dafür am 17. Oktober 1923 einen Betrag von etwa 1 Goldmark!

In einem besonderen Falle erfuhr die preussische Regierung, daß süddeutsche Staaten als Entschädigung für Verluste beim Ruhrkampf Millionenbeträge erhalten haben, wo Preußen nur ganz geringe Summen erhielt. Dabei stellte es sich heraus, daß die Ansprüche Bayerns für das Gebiet der Pfalz so ganz unter der Hand von 2 auf 5 Millionen Mark heraufgesetzt worden waren. Bei gleichen Maßstäben hätte Preußen 20 Millionen Mark erhalten müssen. - Es wird dann noch auf den Konflikt in den Reichsbahnfragen hingewiesen, die der Staatsgerichtshof bekanntlich zugunsten Preußens entschieden hat.

In den Vordergrund treten diese seit langem schwebenden Auseinandersetzungen durch die ungeheuerliche

Uebervorteilung Preußens beim letzten Finanzausgleich.

gegen die bekanntlich die Staatsregierung wiederholt Protest erhoben hat. Da die Zumeisung der Biersteueranteile an die süddeutschen Länder eine verfassungsändernde Mehrheit erfordert hätte, muß Preußen jetzt ebenfalls den Staatsgerichtshof in Anspruch nehmen zur Entscheidung der Frage, ob der Befehlssatz rechtmäßig zustande gekommen ist oder nicht.

Preußen betont dabei, daß dieser Austrag weder eine Spitze gegen das Reich, noch gegen den Reichsrat, noch gegen die anderen Länder bedeutet. Das Interesse an voller Klarheit und Unzweifelhaftigkeit der Reichsgesetzgebung sei

ein allgemeines öffentliches Interesse.

Man dürfe einen notorisch zweifelhaften Gesetzgebungsakt des Reiches nicht achtlos hinnehmen. Betont wird überdies, daß die ganzen finanziellen Meinungsverschiedenheiten trotz ihrer großen Bedeutung nur Einzelfälle waren, die auf die Zusammenarbeit von Preußen und dem Reich nicht von Einfluß gewesen sind.

Ganz eindeutig erklärt die preussische Regierung, und damit deutet sie den besten Weg der Lösung an, daß seine finanzielle Auseinandersetzung mit dem Reich hinsichtlich würde, wenn in absehbarer Zeit der Einheitsstaat geschaffen würde. Bei der jetzigen staatsrechtlichen Halbheit im Verhältnis zwischen Ländern und Reich, bei der Unsicherheit, ob überhaupt der Einheitsstaat geschaffen wird, könne Preußen seine Forderungen nicht preisgeben. Die preussische Regierung habe oft auf eine Vertretung rein preussischer Interessen verzichtet und das Reich unterstützt. Eine derartige Haltung ist jedoch auf die Dauer nur durchführbar, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht. In dieser Hinsicht habe das Reich nicht die Großzügigkeit gezeigt, mit der die Fragen hätten erörtert werden müssen und die Preußen zu erwarten berechtigt war.

Moskauer Anfrage in London.

Lahmer Protest. - Die Sowjetunion kündigt die Forderung von Genugtuung an.

Moskau, 18. Mai. (WTA.) Die dem englischen Geschäftsträger in Moskau überreichte Note stellt fest, daß der erste eine Stunde nach Eintreffen der Polizei vorgewiesene Durchsuchungsbefehl sich sowohl auf die Arcos als auch auf die Handelsdelegation bezog. Der Ueberfall auf eine englische Handelsgesellschaft, die sich in englischen Geschäftskreisen gut bewährt hat, steht vollkommen präzedenzlos in der Geschichte der Londoner City da und konnte allein den Zweck verfolgen, die Sowjetinteressen, die mit der Tätigkeit der Arcos verknüpft sind, durch Kompromittierung der letzteren zu schädigen und um sie herum eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Feindseligkeit zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkte aus hält sich die Sowjetregierung für berechtigt, auch gegen den Ueberfall auf die Arcos zu protestieren. Trotz des Vertrags von 1921 erlaubten sich die Polizeibeamten, die die Räume der Handelsdelegation und das persönliche Bureau des offiziellen Agenten Rhinischuk, der diplomatische Immunität genießt, eingebrungen waren, alle dort gefundenen Schriftstücke einschließlich der chiffrierten Korrespondenz und der Codes, der mit Kurierpost eingetroffenen Schriftstücke usw. durchzusehen und ohne Unterschied mitzunehmen. Dabei wurden die Angestellten der Sowjetdelegation brutaler Gewalttätigkeit und gar Schlägen ausgesetzt.

Der Ueberfall auf eine Regierungsinstitution eines anderen Staates unabhängig von den ihr zugestandenen vertraglichen Rechten ist ein überaus ernster feindseliger Akt, der eine Bedrohung für die weitere Aufrechterhaltung der Beziehungen darstellt. Der Ueberfall zeigt anschaulich, in welcher Richtung die wirklichen Ursachen der unbefriedigenden sowjetrussisch-britischen Beziehungen zu suchen sind. Die Handlungen der Regierung Großbritanniens

erweisen, daß die Regierung über die englisch-sowjetrussische Spannung, über die sie in ihrer Note vom 23. Februar klagt, nicht nur keine Beforgnis hegt, sondern daß sie anscheinend bestrebt ist, diese Spannung schneppstens das äußerste Maß erreichen zu lassen.

Die in letzter Zeit verstärkte und von Mitgliedern der britischen Regierung geförderte, in ihrer Ungenüchtheit und Geschäftigkeit ganz unerhörte feindselige Hege, deren Höhepunkt der Ueberfall auf die Räume der Handelsdelegation ist, zwingt jedoch die Sowjetregierung, mit dem ganzen Ernst und der Seradheit, die die geschaffene, heurubigende Lage fordert, der Regierung Großbritanniens die Frage zu stellen, ob sie eine weitere Aufrechterhaltung und Entwicklung der englisch-sowjetrussischen Handelsbeziehungen wünscht oder ob sie beabsichtigt, dem künftig entgegenzuwirken. Die Sowjetregierung erklärt, daß sie, indem sie die Aufgaben des inneren Aufbaues nach einem bestimmten Wirtschaftspläne verwirklicht und ihre Außenhandelsoperationen nach diesem Plan richtet, sich damit nicht abfinden kann, daß die Durchführung dieser Operationen ständig in Abhängigkeit von gelegentlichen innerparteilichen Kombinationen Englands, von Wahlmanövern oder phantastischen Vermutungen dieses oder jenes Ministers gebracht werde. Die Sowjetregierung hält sich für berechtigt, von der Regierung Großbritanniens eine klare und zweideutige Antwort, aus der man die nötigen Schlüsse ziehen könnte, zu fordern. Sie behält sich zugleich das Recht vor, Forderungen betreffend Genugtuung für die Verletzung vertraglicher Verpflichtungen, für die zugefügte Beleidigung und die durch das Vorgehen der Polizei verursachten materiellen Schäden zu stellen.

Die weltliche Schule.

Eine Aufgabe des Reichsschulgesetzes. Von Heinrich Schulz.

In der verfassungsgebenden Nationalversammlung vermachte die Sozialdemokratie die Weltlichkeit als eine der sozialistischen Grundforderungen für die Gestaltung des Schulwesens nicht durchzusetzen. Das Zentrum stand zur Konfessionsschule mit der ganzen Fähigkeit, die diese Partei einzusetzen vermag, wenn es sich um eine ihrer Glaubensfragen handelt. Die Demokraten aber kämpften für die Simultanschule, ohne doch klar zum Ausdruck zu bringen, auf welche der mannigfachen Spielarten der simultanen Schulform es ihnen eigentlich ankam; nur darüber ließen sie keinen Zweifel, daß sie für die vollendetste Form einer simultanen Schule, für die von der Sozialdemokratie geforderte weltliche Schule, nicht zur haben waren.

In diese Auseinandersetzungen, die zu den letzten stark umstrittenen Gegenständen bei der Verfassungsberatung überhaupt gehörten, schlug die furchtbare außenpolitische Notwendigkeit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hinein. Die Demokraten zogen sich aus der Regierung zurück und überließen der Sozialdemokratie und dem Zentrum allein die peinvolle politische Pflicht, durch die Unterzeichnung des Vertrages Deutschland vor dem äußersten, vor dem Zusammenbruch seiner staatlichen Selbständigkeit, zu bewahren. In meinem Buch „Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes“ habe ich eingehend dargelegt, wie besonders auch durch Eingreifen Eberts Sozialdemokratie und Zentrum für die gemeinsame Aktion zuvor den großen schulpolitischen Gegenstand, der sie auseinanderhielt, überbrücken mußten. Das geschah durch das viel geschmähte Weimarer Schulkompromiß, das es den Erziehungsberechtigten überläßt, ob sie ihre Kinder in eine konfessionelle, simultane oder weltliche Schule schicken wollen.

Wir sind wegen des Weimarer Schulkompromißes viele Vorwürfe gemacht worden. Ich würde trotzdem in gleicher Lage wieder ebenso handeln. Die allgemeinen politischen Notwendigkeiten müssen den besonderen Interessen vorangehen, denn wenn andersfalls das ganze Haus einstürzt, würde auch die Schulfuge mit unter den Trümmern begraben werden. Was mich aber die schwere Vereinbarung leichteren Herzens unterschreiben ließ, das war die durch das Weimarer Schulkompromiß und damit durch die Reichsverfassung, also durch das oberste Gesetz des deutschen Volkes, in aller Form ausgesprochene Anerkennung der weltlichen Schule als einer der den bisherigen beiden Schularten völlig gleichberechtigten Schulform. Dieser Gewinn ist damals und auch später unterschätzt worden. Damals, weil gute Kenner der Psyche des modernen Arbeiters fürchteten, daß die Anerkennung nur auf dem Papier stehen bleiben und nicht zu lebendiger Wirklichkeit werden würde. Diesen Kleinmut habe ich nicht geteilt, wenn ich auch nicht bezweifelte, daß die weltliche Schule sich nur langsam durchsetzen würde.

Später ist der Gewinn, den das Weimarer Schulkompromiß der weltlichen Schule gebracht hat, unterschätzt worden eben wegen ihres immer mehr zunehmenden Wachstums. Weil sie da ist und gedeiht, ist sie vielen allmählich etwas Selbstverständliches geworden; sie wissen nicht, wie bis zur Novemberrevolution die weltliche Schule für die Arbeiterschaft eine von jenen Sehnsüchten war, die ewig unerfüllt bleiben: „die Sterne, die begehrt man nicht!“ Und daß gerade das Zentrum, das bis dahin in der weltlichen Schule eine Todsünde gesehen hatte, sich in praktischer Realpolitik zur verfassungsmäßigen Anerkennung der weltlichen Schule bequeme, war eine taktisch nicht unwichtige Zugabe.

Es mag sein, daß das Zentrum sich im stillen dabei auch von der erwähnten Erwägung leiten ließ, daß die weltliche Schule ein Weiches bleiben würde, das unbekannt und ohne Wirkung hier und da im Verborgenen blühen würde. Aber in dieser Erwägung ist das Zentrum und sind erfreulicherweise auch die Schwarzzeher unter den Parteigenossen getäuscht worden. Die weltliche Schule hat sich durchgesetzt, vorläufig gewiß erst da, wo besonders günstige Voraussetzungen waren, besonders in großen Städten und Industrieregionen mit einer regen sozialistischen Arbeiterbewegung. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die weltliche Schule bisher Sonne, Wind und Regen gegen sich hat und nach immer schwerer um ihre äußere und innere Existenz kämpfen muß. Ihr fehlt vor allem noch die gesetzliche Grundlage infolge des Ausbleibens der reichsgesetzlichen Regelung, die im Artikel 146 Abs. 2 der Reichsverfassung verlangt wird und von der Reichsregierung 1919 für die nächste Zeit zugesagt war. Der erste Entwurf, hinter dem das damalige - übrigens sozialistenreine - Reichskabinett Fehrenbach stand und dem alle Länder zugestimmt hatten, ist gescheitert an der maßlosen Kritik, die von links, besonders vom deutschen Lehrerverein, an ihm geübt wurde, und an den infolge dieser Kritik hoch ins Kraut geschossenen Verschlechterungsabsichten von rechts. Der deutschnationale Entwurf Schiele-Bürich, der diese Absichten in Reinkultur zu verwirklichen suchte, ist schon im Keime an dem zornigen Widerspruch der Länder erstickt. Ein Entwurf des demokratischen Reichsinnenministers Rülz hat die Schublade, in der er verwahrt wurde, nicht verlassen. Für den neuen Entwurf der gegenwärtigen Reichsregierung hat man zunächst einige personelle Voraussetzungen zu schaffen versucht. Dem sachlichen Ergebnis, das dabei zutage kommen wird, darf man mit einigem Interesse entgegensehen.

Jedenfalls leidet unter dieser Verschleppung die verfassungsmäßig legitimierte weltliche Schule am meisten. Die Konfessionsschule steht in den meisten Ländern, besonders in Preußen, auf gesetzlicher Grundlage, von der aus sie den weiteren Verlauf der Dinge gemächlich abwarten kann. Die Simultanschule genießt diesen Vorteil in einigen Ländern und Ländergebieten, besonders in Baden und Hessen. Nur die weltliche Schule hat noch keinerlei gesetzliche Grundlage. Wenn sie trotzdem eine überraschende Entwicklung genommen hat, wenn es in Deutschland bereits Hunderte von weltlichen Schulen gibt, so ist das ein erfreulicher und aufmunternder Beweis für die innere Lebenskraft dieser neuen Schulart.

Dabei hätte die weltliche Schule bisher auch noch mit mancherlei Widerständen im eigenen Lager — wenn wir die Arbeiterbewegung als dieses „Lager“ ansehen dürfen — zu ringen. Viele Arbeiterkassen konnten sich bisher aus begrifflicher religiöser Ueberlieferung oder aus Grund falscher Auffassungen, die künstlich von feindlicher Seite genährt werden, noch nicht zu dem Entschluß durchringen, ihre Kinder der weltlichen Schule anzuvertrauen. Außerdem stehen der weltlichen Schule auch noch nicht überall genügend geeignete Lehrkräfte und Schulräume zur Verfügung, und an anderweitigen Voraussetzungen fehlt es auch noch.

Um hierin Wandel zu schaffen und der erfreulichen Bewegung der weltlichen Schule neue starke Antriebe zu geben, hat der Parteivorstand kürzlich eine Konferenz von Sachverständigen zusammenberufen, deren Beratungsergebnis im „Vorwärts“ bereits veröffentlicht worden ist. Der bevorstehende Kieler Parteitag soll ersucht werden, die Entschleppung der Konferenz zu der seinigen zu machen und damit die gesamte Partei und im weiteren die ganze organisierte Arbeiterkassen für eine entschlossene und warmherzige Unterstützung der weltlichen Schule bereitzumachen. Damit gibt die Arbeiterkassen zugleich die beste positive Antwort auf die kulturelle Reaktion, die in der letzten Zeit mit zunehmender Rücksichtslosigkeit voranschreitet und die freibestehenden kulturellen Errungenschaften der Weimarer Verfassung zu zerretzen sucht. Mögen alle sozialistischen Eltern und Erziehungsberechtigten hieraus die nötigen praktischen Schlussfolgerungen ziehen, sie bereiten damit ein sozialistisches Ziel vor: die Weltlichkeit des gesamten Schul- und Erziehungswesens!

Wilhelm II. am 9. November.

Eine Stimme aus Doorn gegen Max von Baden.

„Von einer sehr gut unterrichteten Seite“, also offenbar aus Doorn erhält die „Kreuz-Zeitung“ als Antwort auf das Buch des Prinzen Max von Baden folgende Darstellung von den Vorgängen am 9. November 1918 im Hauptquartier:

1. In der Diskussion über die Abdankung am 9. November 1918 in Spa erklärte General Graf von der Schulenburg etwa 11 Uhr vormittags, daß hier vom König von Preußen überhaupt nicht die Rede sein könne, da der Reichskanzler Prinz Max von Baden nicht preussischer Ministerpräsident sei und der König diese Frage lediglich mit seinen preussischen Ministern und preussischen Kammern abzumachen habe.

2. Die amtliche telephonische Verbindung zwischen dem Kaiser und Kanzler lag in Spa in den Händen der Herren v. Hingge und v. Grünau.

3. Niemand hat verhindert, daß diese Herren den Kanzler sofort über die Stellungnahme des Kaisers zu der von Graf Schulenburg aufgeworfenen Frage unterrichteten.

4. S. M. der Kaiser hat in den Vormittagsstunden bezüglich der Abdankung einen Entschluß nicht gefaßt. Die Entschleppung des Kaisers ist erst 1 Uhr 15 Min. nachmittags erfolgt.

Fahrt nach Mussolinien.

Von Werner Stein, Paris.

Aus einem regen durchschauerten kalten Paris hatte ich mich in die sonnige Sonne der Riviera gerettet. Die letzte Station Frankreichs war für mich Monte Carlo. Nicht um meine Finanzen aufzufrischen und den Versuch zu der mit Recht berühmten Sprengung der Bank zu machen, sondern um in diesem kleinen Paradies ein paar Tage zuzubringen, wie die Leute, die nie alle werden, zu einer möglichst hohen Dinstunde der Kasino-Gesellschaft beitragen. Nach Abendung eines halben Hunderts buntharbiger Ansichtspostkarten, frankiert mit den hochtopfartigen schönen monogamischen Briefmarken, entschloß ich mich, Mussolinien-Land mit meiner Anwesenheit zu beglücken.

Der erste Ausstakt war nicht gerade ermunternd. Die Angst begann schon in Cooks Reisebüro, wo ich mir die Fahrkarte nach Genua besorgte. „Die Grenze ist Ventimille“, erklärte mir der sehr höfliche Beamte. „Es ist keine schöne Grenze, mein Herr, man ist dort sehr wenig liebenswürdig.“ Das ist eine in Frankreich übliche Umschreibung für „Jeugrob“. Da es aber nur diese einzige Grenzübergangsstelle für mich gab, so hatte ich keine Wahl.

Je näher wir der Grenze kamen, desto nervöser wurden die Reisenden, besonders die Deutschen. „Sie sollen furchtbar scharf kontrollieren“, erläuterte mir mein landsmännliches Gegenüber und legte sein gut genährtes Bürgerantlitz in sorgenvolle Falten. Fröhlich lächelnd bestätigte ich ihm, daß es sogar noch viel schlimmer sei.

Im Gegensatz zu anderen zivilisierten Grenzstationen mußten in Ventimille alle Mann aus dem Zuge heraus. Es geht durch ein waffenstarkes Spalier von Militär und Militär in den Zollsaal. Das Unterste wird zu oberst gefehlt. Jagd auf Tabakwaren, Parfums und die eindringliche immer wiederholte Frage: „Haben Sie Waffen bei sich?“

Langsam schiebt man sich mit einem Menschenstrom der Zollkontrolle zu. Ein französischer Beamter, der den Ausgangstempel, ein italienischer in Uniform, der sehr genau Paß und Visum prüft und den Eingang vermerkt. Rundum stehen Scharen von Schwarzhemden, die jeden Reisenden mit forschenden Blicken durchrängen. Das Spalier bleibt einem frei bis in den Wartesaal, wo man sich zum ersten Male den Fragen in einem ausgezeichneten Mittagsessen und bittendem Copriwein verdeden kann. Langsam bessert sich die allgemeine Stimmung. Die ersten Landsteuere verschmelzen mit fröhlich posantem „A rivederci, caro mio!“ auf den Bahnhöfen hinaus. Wahrscheinlich haben sie sich bereits während der Reisezeit vollständig umgestellt.

Wären nicht die Grenzposten vorhanden, so würde man doch meinen, daß man französischen Boden verlassen hat. Menton war noch ein Blumengarten, Dipeale ist schon ein reichlich verwildertes Stück herrlicher Natur. Nichts erscheint gepflegt, sogar die Promenadenwege am Ufer halten keinen Vergleich mit der französischen Küste aus. Häuser, Wege und Uferanlagen erscheinen verfallen und verwaist.

Bei Ruhe hat man im Zuge nicht. Zuerst erscheint der italienische Zugschaffner und prüft die Fahrkarte. Zehn Minuten später

5. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen etwa 12 Uhr mittags und jedenfalls vor der vom Kaiser gefaßten Entschleppung zur Veröffentlichung herausgegeben.

6. Das Telephonat zwischen Erzengelns Wohnschaffe und General Graf Schulenburg hat um 1 Uhr 35 Min. nachmittags stattgefunden. Dessen Gespräch folgte schon nach 15 Minuten die amtliche Erklärung des Kaisers, die Erzengelns v. Hingge telephonisch an Erzengelns Wohnschaffe übermittelte.

7. Das vorstehende Schulenburgische Telephonat kann schon aus dem Grunde den Reichskanzler Prinz Max von Baden in seinen Entschleppungen nicht irreführend beeinflusst haben, weil der amtliche Entschluß des Kanzlers in der Abdankungserklärung festgelegt war, die er 1½ Stunden vor dem Schulenburgischen Telephonat zur öffentlichen Bekanntgabe herausgegeben hatte.

Aus dieser Aufschrift zieht die „Kreuz-Zeitung“ den Schluß, „daß den Prinzen Max von Baden die Verantwortung und die schwere Schuld für den Ausbruch der Revolution trifft“.

Prinz Max erzählt in seinem Buch, er sei im Laufe des Vormittags in Telephongesprächen aus Spa immer wieder verdrückt worden, die Entscheidung des Kaisers stehe bevor. Nach 11 Uhr aber lauteten die Meldungen folgendermaßen:

Die Angelegenheit ist jetzt sachlich entschieden; sie seien jetzt bei der Formulierung. Der Kaiser habe sich zur Abdankung entschlossen. Wir würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten.

Inzwischen hatte sich die Situation in Berlin so verschärft, daß jeden Augenblick die Abkündigung Wilhelms auf der Straße proklamiert werden konnte. Infolgedessen entschloß sich der Prinz, dem Wolffschen Telegraphenbureau die berühmte gewordene Erklärung zugehen zu lassen, die mit den Worten begann:

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Prinz Max versichert, daß ihm von einem Entschluß Wilhelms, als König von Preußen zu bleiben, nichts bekannt gewesen sei. Er hätte ja, meinen wir, mit diesem Entschluß auch sehr wenig anfangen können, denn dieser hochverräterische Verluh, durch Zerstückelung des Reiches die Krone zu retten, wäre vom Volk sehr rasch vereitelt worden.

Im übrigen ist der ganze Streit wesentlich. Denn da die Deutschnationalen dem Exkaiser heute selber das Land verbieten, müssen sie eigentlich doch froh sein, daß er damals verschunden ist. Eine Feier des 9. November unter Vorantritt deutschnationaler, die Republik schützender Reichsminister liegt nicht mehr außerhalb des Bereichs der Möglichkeit.

Agenten des Bürgerblocks.

Die Kommunisten wollen ihren Kaiser.

Die „Rote Fahne“ nennt wieder einmal die Sozialdemokraten Agenten des Bürgerblocks. Grund: Unsere Genossen haben für das Republikenschutzesgesetz gestimmt.

Unnützlich wäre es, gegen diese läppischen Phrasen anzukämpfen, zeigte sich hier nicht wieder einmal die Verblöschung, die die kommunistische Agitation ihren Lesern zumutet.

Wir lassen den Kommunisten gern den Ruhm, gegen das Republikenschutzesgesetz gestimmt zu haben. Sie befanden sich dabei in allerbesten Gesellschaft. Rechter Flügel der Deutschnationalen, Hitlerleute und sonstige Wälsche bildeten die neuproletarische Einheitsfront — für Wilhelms Rückkehr.

Die Kommunisten läßt der Ruhm nicht schlafen, durch die Kandidatur Thälmanns bei der letzten Präsidentenwahl Hindenburg zur Reichspräsidentenwahl verholfen zu haben, demselben Hindenburg, der die Rechtsblockregierung berief. Nein, der kommunistische Ehrgeiz geht weiter: Sie wollen ihren Kaiser.

Aber bitte — die anderen sind die Agenten des Bürgerblocks, nicht wahr?

erscheint ein Faschist, mit Säbel, Revolver und Aneisfange bewaffnet und löst die Karten. Dann kommt neue zivile Fahnenkontrolle, dann die faschistische Fahnenkontrolle. So geht es munter stundenlang fort. Dabei muß man eingestehen, daß diese Leute dezent und liebenswürdig sind und nur durch die Häufigkeit ihres Erscheinens lästig fallen.

Am Nachmittag landet man in Genua. Auf dem Bahnhof wimmelt es von Militär und Militär, drei bis vier stark besetzte Bahnhofswohnungen. Man kommt sich vor, als sei man in einem in Kriegszustand befindlichen Lande. Glücklicherweise hat man die Bahnhofsperre passiert und will in die Stadt hinein. Die Hoffnung, daß nunmehr ein Ende der Kontrollen erreicht sei, ist trügerisch. Vor dem Bahnhofe steht eine enge Postlinie der faschistischen Militär. Das Handgepäck wird auf offener Straße nach Waffen durchsucht. Die Taschen werden abgetastet. Und dazu leuchtet von allen Mauern das durch eine Schablone scharf aufgemalte Antlitz des Duce. Ueberall der Duce! Das Bahnhofsgebäude zeigt als Krönung das Völkergewand, Abends erstrahlt es festlich in grünweißen Lichtern.

Die Straßen sind voll mit Bewaffneten aller Art. Man kann schon kaum mehr zwischen Militär und Militär unterscheiden. Daneben eine Unmenge junger Burken mit Seitengewehr und Revolver, die junge Garde der Nation. In Reihen zu sechs und acht ziehen sie über den Corso, singend und randalierend, immer die Faschistenhymne in die laue Luft schreiend. Hier und dort wird einem Unbeteiligten der Hut vom Kopfe geschlagen. An den Ecken stehen mit ihren großen Zweimastern die Gendarmen und sehen und hören nichts.

In allen Schaufenstern das Bild des Duce, in manchen ein kleineres des Königs daneben. „Il re“ ist uninteressant geworden. Je später der Abend, desto lauter das Schreien. Ich sehe mit einem Kapitän der faschistischen Marinevereinigung, einem alten Freunde aus einer Zeit, wo noch kein Mensch das ominöse Wort kannte, in einem Caféhaus und sehe mir bei einem Glas Schandbor teuren und schlechten Biers den Kummel an.

„Du bist doch ein vernünftiger Mensch“, sage ich leise zu ihm, „wie kannst du diesen faulen Zauber mitmachen?“ Einen Moment ist er etwas verlegen, dann antwortet er mir: „Was willst du, man muß! Wer nicht mitmacht, den treffen die Hunde und ich habe Frau und Kind.“

Diese sehr simple Erklärung könnten wohl fast alle abgeben, die heute gegen Einsicht und Willen nach außen hin Faschisten sind. „Es wird eines Tages wieder vorüber sein“, sagte mein Freund, „nimmt mich beim Arm und führt mich in die obere Stadt. Dort stehen wir auf den Bergen und sehen still und freudig auf den leuchtenden Hafen hinunter.“

Die Komödie vom erfolgreichen Streber.

Karl Sternheim ist immer noch unser hervorragendster Lustspieldichter. Das hat gestern wieder seine Komödie „Der Snob“ in Theater „Die Komödie“ erwiesen. Der Gedankeninhalt des Durchschnittsbürgers, die Sternheim vor anderthalb Jahrzehnten mit verblüffendem Witz gezeichnet hat, seine rücksichtslose Streberei nach äußerem Erfolg ohne das Glück der Befriedigung, sein Kriechertum vor dem Adel der Geburt und des Kapitals sind

Agrarische Angriffe im Landtag.

Deutschnationale fordern lückenlosen Schutz.

Im Preussischen Landtag wurde am Mittwoch die dritte Lesung des Gesamthaushalts mit der Aussprache über den Landwirtschaftsschutz fortgesetzt.

Abg. Milberg (Dnat.) begründet zunächst eine Reihe deutschnationaler Anträge. Die Lage der Landwirtschaft sei nie so traurig gewesen, wie jetzt. Schuld daran seien nicht nur Missernten, Hochwasser, sondern die auf dem Rücken der Landwirtschaft abgeschlossenen Handelsverträge. Keinen könne nur der lückenlose Zolltarif. Das nördliche Grenzgebiet in Schleswig sei vom Ministerium vernachlässigt worden. Im Ministerium wären die höheren Beamten, die nicht zufällig dem Zentrum angehörten, minderen Rechts.

Abg. Jacoby-Rassau (Z.) weist die Angriffe des Vorredners wegen Bevorzugung katholischer Beamter zurück. Obwohl die Lage der Landwirtschaft zurzeit nicht rosig sei, müsse er sich doch als praktischer Landwirt gegen die dauernden Forderungen von rechts nach Zuschüssen entschieden verhalten.

Landwirtschaftsminister Stelger fordert den Abg. Milberg auf, ihm sofort Fälle nachzuweisen, in denen er Beamte seines Ministeriums wegen ihres konfessionellen Bekenntnisses benachteiligt habe. Für ihn sei nur der Grundsatz strenger Parität maßgebend. Die landwirtschaftlichen Interessen Schleswig-Holsteins seien durch Bereitstellung erheblicher Mittel gewahrt worden; darüber hinaus habe die Nordmark sogar eine besondere Förderung erfahren.

Die Beratung dauert noch an.

Polnischer Parlamentarierbesuch in Berlin.

Die Einladung grundsätzlich angenommen.

Warschau, 18. April. (WZ.) Wie einige Blätter berichten, hat ein in Berlin bestehendes deutsch-polnisches Komitee, an dessen Spitze Professor Wolff und Geheimrat Kuenzer von der „Germania“ stehen, an polnische Parlamentarier und sonstige im öffentlichen Leben stehende polnische Persönlichkeiten die Einladung gerichtet, in Berlin eine Konferenz abzuhalten, um Fragen der friedlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern zu beraten. Gestern fand hier unter dem Vorsitz des Sejmabgeordneten Thugut eine Besprechung statt, in der beschlossen wurde, die Einladung grundsätzlich anzunehmen. Die „Express Voranng“ erklärt, sollen an der Reise nach Berlin, die Mitte Juni zustande kommen wird, ungefähr zehn bis zwanzig Personen teilnehmen, darunter auch einige Abgeordnete und Senatoren.

Die Beamtenbefolungsreform.

Wohnungsgeldzuschuß und Ortsklasseneinteilung.

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Erhöhung der Reichsbeamtengehälter ist auch geplant, die Wohnungsgeldzuschüsse zu erhöhen, gleichzeitig aber die ganze Ortsklasseneinteilung einer grundlegenden Umgestaltung zu unterziehen. Die Ortsklasseneinteilung gilt schon lange als veraltet und soll entsprechend der gesamten Entwicklung der Nachkriegszeit nach neuen Gesichtspunkten aufgebaut werden. Verhandlungen mit den Ländern und den Berufsorganisationen der Beamten sollen schon in der aller nächsten Zeit aufgenommen werden.

Die Nachricht, daß die Beamtenbefolungsreform bereits so weit vorbereitet ist, daß sie am 1. Juli in Kraft treten könnte, wird entschieden bestritten.

Der römische Korrespondent der „Deutschen Tageszeitung“ Ludwig Stein, ist zum Ehrenmitglied der nationalsozialistischen Partei ernannt worden. Wir gratulieren dem nationalen Agrarierblatt zu dieser Ehrung seines Berichterstatters. Die Führer des Deutschtums in Südtirol werden nach den Deportiertenhöhlen verbannt, der Herr Korrespondent der deutschnationalen „Tageszeitung“ hält sich über solche Kleinigkeiten in Schweigen und wird dafür mit der Ehrenmitgliedskarte der Faschistenpartei belohnt.

heute lächerlicher, als sie es 1913 waren. Zwischen der Entstehung des Lustspiels und heute klafft scheinbar ein Abgrund von erschütternden Ereignissen, zu denen bekanntlich auch eine Revolution gehörte. Daß die Revolution nicht mit dieser Gedankenwelt aufgeräumt hat, zeigt jeder Tag. „Der Snob“ ist heute gegenwartsnäher als je. Wir kennen ihn alle, diesen Typ, der als Kleinbürger geboren, von der befehlenden Sucht besessen ist, von einem höhergeborenen Führer entgegenzunehmen, der den einzigen stolzen Besitz der geliebten Mutter, ihre Watteflossigkeit, ohne Bedenken preisgibt.

Auch in der äußeren Sprachform erweist sich heute erst recht Sternheims überragende Bedeutung. Seit je hat man ihm manierte Sprechweise vorgeworfen. Sternheims scharfgeschliffene Sprache, in der ein jedes Wort liegt, empfand in der gestrigen Ausführung kein Mensch mehr als unnatürlich. Sternheims Ziel ist zu unserem Geworden.

Karl Sternheim (der auch Regie führte), verlieh dem erfolgreichen Streber Christian Wasse die Züge, die ihn zu unserem Bekannten stempeln. Er hat das Format des treulosen Bemierjägers, der sich selbst für korrekt bis in die Knochen hält und in grandioser Gefinnungslosigkeit brilliert. Jakob Tiedtke spielt seinen Vater, den Subalternbeamten Theobald Wasse. Ein besonderes Kabinetsstück leistet er sich in der Szene, in der ihn unversehens ein leidhaftiger Graf mit Herzlichkeit begrüßt. Die Hilfslosigkeit, mit der er Zylinderhut, Zigarre und Schirm unterzubringen sucht, um die rechte Hand zum Gruß freizubekommen, ist erschütternd. Anni Rewes weicht mit ihrer weiblichen Hingabe und dem Strahlen ihrer Augen die Herzen der Zuschauer zu erobern.

Welch tiefen Eindruck das nachdenkliche Lustspiel auf den republikanischen Bürger von heute macht, geht aus einem Gespräch hervor, das ich am Schluß der Aufführung abfragen konnte. Ein durchaus kultiviert aussehender Vorkampfler sagte zu seiner Begleiterin: „Gnädige Frau! Die ganze Zeit über denke ich darüber nach, daß Sie genau dieselbe Figur wie Anni Rewes haben.“ „Ain“, antwortete sie, „ich habe wohl schönere Beine, bin aber leider nicht so schlant, wie die Rewes.“ Ernst Degner.

Der Schreden der afrikanischen Tierwelt. Soeben ist einer der bekanntesten englischen Jäger, Sir Lucy, nach London zurückgekehrt. Er hat, wenn seine Angaben richtig sind, in Südafrika schlimmer als die gefährlichsten Raubtiere und juchbarer als der gefährlichste Negerstamm gehäuft. Er nennt sich „König der Jäger“ und erzählt voll Stolz, daß er allein auf seiner letzten südafrikanischen Jagdexpedition 280 Löwen, 4 Elefanten und mehrere Hundert Nashörner zur Strecke gebracht habe. Die afrikanische Tierwelt wird aufatmen können, da Sir Lucy sich nun in Europa eine längere Ruhepause gönnen will, um seine „Memoiren“ zu schreiben. Das hierzu erforderliche Jagdgerätschaft scheint er ja zu beherrschen.

Eine Kommission für die Reform des Ueberlebungswesens. Am Institut für internationale geistige Zusammenarbeit trat, wie aus Paris gemeldet wird, unter dem Vorsitz des französischen Romanistikers Fernand Baldet eine Kommission zusammen, die sich mit der Reform des Ueberlebungswesens für literarische und wissenschaftliche Werte beschäftigt.

Das Museum des Jarenmordes. Wie aus Moskau gemeldet wird, soll das Haus Wajnow in Smolensk (Belastenburg), in dem die Rattenfamilie ermordet worden ist, zu einem Museum der Revolution gemacht werden.

35 Prozent Kaisertreue.

Der Schwarze Dienstag der Deutschnationalen. — Kurssturz der Aktien von Doorn.

Die Deutschnationalen haben gestern eine zweite Dames-Abstimmung geleistet. Damals gaben sie die „nationale Opposition gegen die Erfüllungspolitik“ preis, um Ministerliche dafür einzuhandeln, gestern verschlechterten sie das monarchische Prinzip gegen das Verbleiben in der Regierung. Damals hatten sie für die „nationale Opposition“ noch 50 Prozent übrig, gestern für den Kaiser nur noch 35 Prozent, gleich 38 Stimmen. Von der fünfzigprozentigen „nationalen Opposition“ zur fünfundsiebzigprozentigen Kaisertreue! Ein schöner Weg!

Es waren nicht nur 36, sondern 38 deutschnationale Abgeordnete, die sich gestern vor der Zustimmung zum Republikenschutzesgeß gedrückt haben, unter ihnen Herr Bazille, der Staatspräsident von Württemberg. Er hat die bequeme Ausrede der dringenden Regierungsgeschäfte. Aber Herr Koch, der Reichsverkehrsminister, hat sie nicht. Was ist mit Herrn Koch, dem deutschnationalen Minister der Republik, der sich weigert, für den Schutz der Republik zu stimmen? Herr Hergt, der bei der Dames-Abstimmung noch Grundgesetzlichkeit markierte — „ich möchte beinahe sagen, hier siehe ich, ich kann nicht anders“ — gehörte diesmal zu den 65 Prozent, die auch anders können. Oder vielmehr: er konnte auch diesmal nicht anders, er mußte für den Kaiserparagrafen stimmen. Muß doch das Gesetz seine Unterschrift tragen! Die Anomalie, daß ein Gesetz die Unterschrift eines Ministers trägt, der aus Gewissensgründen nicht für das Gesetz stimmt, konnte er der Koalition nicht gut zumuten.

Dieser 17. Mai 1927 ist dasselbe für die Deutschnationalen, was der schwarze Freitag vom 13. Mai für die Börse war. 65prozentiger Kurssturz der Aktien „Hohenzollern-treue“, panikartige Flucht aus der monarchischen Gesinnung. Der Vergleich mit der Börse hinkt nicht, wie sonst alle Vergleiche. Ist doch die deutschnationale Flucht aus der Kaisertreue mehr Geschäft als Politik.

Die Waise an der deutschnationalen Gesinnungsbehörde hat die deutschnationale Presse aus aller Fassung gebracht. Nach der Gesinnungsroute die Pöbelroute! Die „Kreuz-Zeitung“ sagt gar nichts, die „Deutsche Tageszeitung“ erzählt, die Sache stünde besser für die Deutschnationalen, als sie selbst glauben, die „Deutsche Allgemeine“ treibt tief sinnige Philosophie über den Ursprungserfolg, den man besser dem Gegner überläßt. Womit bewiesen wird, daß Westarp ein großer Führer ist, weil er den Anfangserfolg dem Gegner überlassen hat. Der „Lokal-Anzeiger“ wird noch möglich:

„Daß die Partei des Grafen Westarp der Protogalton eines von der Linken geschlossenen Kampfes nicht aus Gründen reiner Herzensneigung zustimmen bereit ist, muß heute betont werden, und bedeutet nichtsweniger eine verzweifelte Selbstverständlichkeit. Es gehört die parteipolitische Unverfrorenheit der Sozialdemokraten dazu, angeht eine unter trübem Himmel gradlinigen Sachlage von Gesinnungsschwäche und dergleichen zu reden.“

Verzweifelte Selbstverständlichkeit, unter trübem Himmel gradlinige Sachlage — ist es nicht zum Lachen zu sehen, wie wackere journalistische Schwimmer mit Worten in verzweifelter Situation rudern und kämpfen?

Indessen, die „Deutsche Zeitung“ rebelliert. Sie greift die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung überhaupt an:

„Im Sinne der Republik haben sie gearbeitet, besser, als wenn Sozialdemokraten in der Regierung säßen. Das soll ein Akt der Klugheit“ und angeblich sogar geeignet sein, der sozialdemokratischen Agitation das Wasser abzugraben. Ein Kind, wer das glaubt! Statt dessen fühlen sich die Massen des deutschen Volkes, die seinerzeit deutschnational gewählt haben, im Stich gelassen, und es entsteht die Frage, ob der so angerichtete Schaden nicht größer ist als der erhoffte Vorteil, ob die Partei es ertragen kann, daß sie den von ihr vertretenen Grundrissen, auf die sich auch Graf Westarp beruft, so öffentlich ins Gesicht schlägt, ob sie noch Anspruch auf Vertrauen hat, wenn Wort und Tat so auseinander klaffen wie in diesem Falle.

Das Gesetz zum Schutze der Republik im Jahre 1922 trug die Unterschriften der Sozialdemokraten Ebert, Köster und Rabbuch; die neue Novelle wird die Unterschriften der deutschnationalen Minister Hergt und v. Reudell tragen. Das schon hätte eine Unmöglichkeit sein müssen. Unter das Dokument aber soll auch der Generalfeldmarschall v. Hindenburg seinen Namen setzen, der ungewöhnliche Monarchist. Ebert erklärte einst, er werde trotz seiner Eigenschaft als Reichspräsident seine Herkunft aus Klasse und Partei nicht verleugnen; so kam er mit der Unterzeichnung des Ausnahmegesetzes nicht in einen Gewissenskampf. Welt wird annehmen, daß Hindenburg in ganz anderem Sinne überparteilich ist als der Genosse Ebert es war, so entsteht die Frage, ob er diesem Gesetze, das ein Ausnahmegesetz zum Zwecke der Gesinnungsneubildung ist, das den Kaiser außerhalb des Rechts stellt, das jeder deutsche Staatsbürger haben sollte — ob er dieses Gesetz mit seinem Namen decken kann, ein Gesetz, das jeder Gerechtigkeit Hohn spricht. Bleibt es bestehen, so ist das ein Beweis dafür, daß die deutsche Republik nicht begriffen hat, daß Gerechtigkeit ein Lebensprinzip des Staates ist. Es ist die Frage, ob ein Hindenburg an der Spitze eines Staates stehen kann, dessen verantwortliche Träger diesen Grundlag nicht begreifen.“

Der Ruf nach dem Retter in letzter Stunde. Hindenburg hilf oder tritt zurück! Er wird weder helfen, noch zurücktreten, sondern unterzeichnen. Die Novelle wird Gesetzeskraft erhalten, und sie wird die Unterschriften tragen: Hindenburg, Hergt, von Reudell. Sie wird in den Gesetzesammlungen dem Gedächtnis der Nachwelt aufbewahrt werden als Symbol deutschnationaler Kaisertreue, fünfundsiebzigprozentig, denaturiert mit 65 Prozent Republikenschuß.

Der Vorwurf des Militarismus.

Der französische Senat ändert das Mobilisationsgesetz.

Paris, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag hat die Armee-Kommission des Senats nach längerer Diskussion, in der es zu heftigen Zusammenstößen kam, den ersten Artikel des Gesetzes über die Organisation der französischen Nation in Kriegszustand mit 15 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dieser Artikel sah die Mobilisierung sämtlicher Franzosen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts vor. In der Kommission wurde betont, daß der Artikel in seiner gegenwärtigen Fassung Frankreich in zahlreichen Ländern den Vorwurf des Militarismus eintragen habe.

Zwischen achtzehn und zwanzig Jahren.

In der Öffentlichkeit ist es nur wenig bekannt, daß die Einzelrichterlichen, sofern sie Jugendliche von 18 bis 20 Jahren betreffen, laut Geschäftsplan des Amtsgerichtspräsidenten Berlin-Mitte nicht vor den ordentlichen Richter, sondern vor den Jugendrichter kommen. Der Jugendrichter ist aber auf Grund seiner ganzen Einstellung und seiner ständigen Beschäftigung mit Jugendlichen in höherem Maße als der ordentliche Richter fähig, das erzieherische Moment in seinen Urteilen zur Geltung zu bringen. Die Anordnung des Amtsgerichtspräsidenten Berlin-Mitte hat sich im Laufe der Jahre in hohem Maße bewährt, und es erscheint mir wertvoll, daß auch die übrigen Berliner Gerichtsbezirke die gleiche Anordnung treffen. Einige Beispiele aus einer Gerichtsverhandlung des Jugendrichters, Landgerichtsdirektors Dr. Franke, erbringen den Beweis dafür, wie nützlich solche Richter bis Zwanzigjährigen mitunter sein können.

Die „Kraftprobe“.

Eine Gruppe Achtzehn- bis Zwanzigjähriger nach Feierabend in einer der Berliner Anlagen. In den Muskeln ist Ueberdrehung an Kraft; er drängt nach Beilegung: „Jungens, wer kriegt die Bank raus?“ „Kriegt sie doch nicht raus.“ „Was, ist kriegt sie nicht raus? Wer dir gleich zeigen.“ Und der 19jährige Laufbürsche Georg zeigt es. Er legt beherzt eine der Bänke an, und wirklich, es gelingt ihm, die Bank heil aus dem Boden zu ziehen. „Der war ein Zufall, die zweite Bank kriegt sie aber nicht raus.“ „Krieg ist doch“, und schon muß die zweite Bank daran glauben. Diese straubt sich aber gegen den Kraftmeier; ihre Füße geben nicht nach, sie bleiben in der Erde stecken, die Bank reiht sich von ihnen los. Der Wächter stellt im selben Augenblick die Uebelthäter. Der Schaden beträgt 75 Mark; er wird gemeinam bezahlt. Georg kommt aber wegen Sachbeschädigung vor das Jugendgericht. Dort macht er einen guten Eindruck. Er wohnt bei der Mutter; der Aufenthalt seines Vaters ist unbekannt. Das Urteil lautet auf 20 Mark Geldstrafe. Auf den Weg erhält Georg vom Richter die Mahnung mit, seinen Ueberdrehung an Kraft besser auf dem Sportplatz oder bei seinem beliebigen Schwimmsport zu lassen.

Betten als Sport.

Der 19jährige H. lebte in ziemlich guten Verhältnissen. Wegen des Todes seines Vaters ist seine Mutter gezwungen, Zimmer zu vermieten. So wohnt Hans, ein arbeitsloser Mechaniker, bei seiner Schwester; sein Bruder ist Direktor einer Versicherungs-Gesellschaft. Als eines Tages ein Bettler in das Lokal kommt, in dem er mit

Lebensmüde Frauen.

Beim Rettungswert schwer verunglückt.

Bei der verfruchteten Rettung einer Lebensmüden ist gestern abend ein noch unbekannter junger Mann schwer verunglückt. Gegen 8 1/2 Uhr haben Passanten, wie ein Mädchen auf der Führer-Brücke Mantel und Tasche ablegte und sich ins Wasser stürzte. Ein junger Mann ergriff den Rettungsring und sprang der Lebensmüden nach. Dabei riß aber die Brücke, weil sie wohl nicht lang genug war. Der Retter schlug mit den Reinen auf Steine der Brücke auf und fiel ins Wasser, hielt aber den Ring fest. Das Mädchen war inzwischen schon abgetrieben, ging unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Arbeiter des Elektricitätsamtes am Südufer, die zu der Zeit den Betrieb verließen, retteten den jungen Mann und brachten ihn nach dem Ufer und von dort nach dem Röntgen-Krankenhaus. Der Verunglückte, der sich auch innere Verletzungen zugezogen zu haben scheint, liegt dort noch lebensunfähig danteber. Nach der Leiche des Mädchens suchte der Reichsanwalt bisher vergeblich. Der zurückgelassene Mantel ist dunkelblau und hat rot eingefasste Taschen, die eine Brille enthielten. Eine Frühstücksflasche enthielt noch etwas Brot und Wurst. — Gegen 7 Uhr abends sprang ein Mädchen von etwa 23 Jahren von der Ebertsbrücke in die Spree, wurde aber von einem Schiffer, der dort mit seinem Kahn liegt, bald wieder gefasst und nach der Rettungsstelle in der Ziegelstraße gebracht.

Heute früh gegen 5 Uhr wurde am Eisensteig zu Neudölln bei Leiche einer Lageristin Irngard W. aus der Eisenstraße geborgen, die seit dem 10. D. vermisst wurde. — Immer noch nicht bekannt ist ein Mädchen von 18 bis 21 Jahren, das am Sonnabend abend in der Nähe des Bootshauses „Hellas“ in die Spree sprang und eine Stunde später am Restaurant Jenner als Leiche gefunden wurde. Sie wurde nach der Halle in Dreptow gebracht. Die Unbekannte, die am Ufer einen Regensturm und ein Band Schlüssel zurückließ, ist 1,65 Meter groß, hat einen dunkelblonden Bobenkopf und gepflegte Hände und trug einen schwarzen Samirod ohne Ärmel, einen grauen Winterpelz mit Pelzragen, fleischfarbene Strümpfe und dunkelbraune Halbschuhe. Die Wäsche ist nicht gezeichnet. Mitteilungen werden an die Vermittlungszentrale im Polizeipräsidium erbeten.

Fabrikbrand in der Mariannenstraße.

Ein Fabrikfeuer beschäftigte heute früh die Feuerwehr mehrere Stunden lang in der Mariannenstraße 31. Auf dem dritten Hof des Grundstücks befindet sich ein zweistöckiges Gebäude, in dem eine Gerberei und im zweiten Stockwerk eine Tischlerei ihre Werkstätten haben. Morgens gegen 4 1/2 Uhr wurde von Hausbewohnern in der Gerberei ein starker Feuerchein wahrgenommen. Die Feuerwehr fand bereits einen ausgedehnten Brandherd vor. Die Räume im ersten Stockwerk standen in hellen Flammen; die Decke nach dem zweiten Stockwerk war bereits durchgebrannt und das Feuer hatte auf die Tischlerei einströmung und Holzwerkstoffe übergegriffen. Auch nach den Partieräumen hatten sich die Flammen durchgegriffen, doch gelang es den Feuerwehrleuten noch rechtzeitig, mehrere Pferde, die in den völlig verqualmten Stallungen beinahe erstickt wären, zu bergen. In dreistündiger angelegter Tätigkeit gelang es, das Feuer unter Einwirkung von vier Schlauchleitungen niederzukämpfen.

Neue Tiere im Zoo.

Der Zoologische Garten verfügt in diesem Jahre über einen außerordentlich reichen Nachwuchs, der — da nun einmal ein jedes junge und noch kleine Tier urdrollig und niedlich ist — den Berlinern viele Freude bereiten wird. Interessant geht bei Familie Emu zu, wo der Vater die Brutpflege übernimmt, seine Jungen tapfer verteidigt und allzu neugierige Menschen auf seine Art anschnauzt, während Frau Emu sich um gar nichts kümmert. Die Wildenten leben in Saisonehe. Der Herr Entenich sieht sich in den ersten Tagen seines Nachwuchs an und schwimmt dann seiner Wege. Bei den Kranichen hingegen sorgen Vater und Mutter für die Jungen. Diese Tiere schlüpfen überhaupt eine Ehr für's Leben. Im Wasser- und Flugstadium herrscht regstes Treiben, zumal sich dort über 100 junge Vögel tummeln. Namentlich haben die Reher, auch die seltensten, gut gezüchtet, und so viel junge Reher wie der Berliner Zoologische Garten wird höchstwahrscheinlich kein anderer Garten in der ganzen Welt aufweisen können. Urtümlich wirkt es, daß die Kormorane in allerhöchster Nähe des Kurfürstendamms ruhig auf ihrem Nest sitzen, tapfer den Wenzelgeflanz der vorbeifahrenden Automobilisten herunterschleudern und dennoch gesunde Junge großziehen. In der Fasanerie führen jetzt außer der Stammform des Haushuhnes 45 Hühnerassen ein zufriedenes Dasein. Auch bei den Mufflons, deren Urtum unerer Haushofe, gibt es Familienzuwachs. Wildhase kommen nur noch in Sardinien und Korsika vor, und zwar etwa 350 Stück. Da kam man auf den Gedanken, auch in Deutschland Muffelwild auszusäen, es gedieh prächtig, sorgte für Nachwuchs und jetzt haben wir auf den deutschen Wildbahnen mehr Mufflons als in den Ursprungs-

seinem Freunde sitzt, meint er zu dem alten Mann: „In den Aneipen bekommt man doch nichts, mußt besser von Tür zu Tür gehen.“ „Das kriegt ich nicht fertig.“ sagt der Bettler. „Nichts einfacher als das, will dir's gleich vormachen.“ „Hans, mach keine Dummdreier“, versucht der Freund ihn zu halten. Hans klopft aber die Türen der verschiedenen Stadwerke ab, bekommt auch wirklich an einer Tür 3 Pf., allerdings mit der Ermahnung, das Haus sofort zu verlassen, sofern er nicht mit dem Schupmann Bekanntschaft machen wolle. Als der Almosengeber ihn dann aber auf einem der Stadwerke noch antrifft, glaubt er einen Klingelstrolch vor sich zu haben und übergibt ihn der Polizei. Die Anklage vor dem Jugendgericht lautet auf Betteln. Hans zieht es aber vor, wegen großen Unflugs bestraft zu werden, damit die Vorstrafe nicht ins Strafregister komme. Das Urteil lautet auch wirklich auf 10 Mark Geldstrafe wegen großen Unflugs. „Ist mir ganz komisch, daß ich hier bin“, erklärt er noch voller Verwunderung.

Stille Wasser sind tief.

Ein schwierigerer Fall. Ein Zwanzigjähriger, der nichts Jungenhaftes mehr an sich hat, Barmherzige Umgebung „zu Hause“; die Mutter Aufwärtlerin, womit sich der Vater beschäftigt, weiß der junge Mensch nicht; er spricht mit ihm überhaupt nicht; der Bruder, ein früherer Fürsorgegefangener, später mit Zuchthaus bestraft, neuerdings wieder verhaftet. In Verbindung mit dieser Verhaftung hat der Angeklagte zu seiner Schwester ein silbernes Tablett mit sechs Dietrichen, einer Pistole mit zwei Revolverkugeln, von denen jede vier Kugeln enthält, und einer Blechanode gebracht. Wem gehören nun die Sachen und weshalb sind sie zur Schwester gebracht worden? „Die Mutter hätte geschimpft, wenn sie die Pistole zu Hause gesehen hätte“, sagt der Angeklagte. Und wem gehören die Dietriche? Was für eine Bewandnis hat es mit dem Tablett? Eine befriedigende Antwort erhält man nicht. Das Jugendamt kennt aber den Zwanzigjährigen gut; es ist ihm nichts Schlimmes nachzumerken. Er ist zwar zweimal vorbestraft: einmal mit einem Verweis, das andere Mal mit einer Geldstrafe; er hält sich aber sonst gut, ist arbeitslos und verdient sich sein Geld mit Betten beim Reppen in Karlsdorf. Dem Richter bleibt nichts übrig, als den jungen Menschen wegen unehrlicher Waffenselbstbesitzes zu 30 Mark Geldstrafe zu verurteilen und ihn in väterlicher Weise zu ermahnen, sich auch fernerhin gut zu halten. Allerdings das Dilemma „Stille Wasser sind tief“. Man empfängt hier den Eindruck: stille Wasser sind tief. Die Gerichte werden von ihm wohl manchmal zu hören bekommen.

ändern. Ferner betreten Kameel und Dromedar je ein Junges, während bei den Löwen und den Löwen der Nachwuchs gleich in Mehrzahl vorhanden ist. Ein junger Löwe gibt die eigenartigsten Töne von sich, es hört sich bald an, als ob er sämtliche Schlaginstrumente einer Jazzkapelle bediene.

Um die Schulrevision.

In einer Versammlung des Bundes entschiedener Schulkollegen in der Aula des Werner-Siemens-Realschulmannsiums, Hohenstaufenstraße, sprach der Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Paul Kästner über „Sinn der Schulrevision“.

Dr. Kästner wandte sich gegen die Ueberhöhung des rein Stofflichen im Schulbetrieb, die „de Generallisierung und Bergemaltigung“, die eine Vernachlässigung der individuellen Fürsorge für den Schüler zur Folge habe. Die Aufgabe des amtlichen Revisors ist heute weit schwieriger geworden, weil jede Klasse ein anderes Bild bietet und sehr spezielle Aufgaben stellt. Der Revisor betonte die Notwendigkeit häuslicher Schulaufsicht, die auch übrigens von den Eltern oft noch intensiver, als sie ausgeübt, gefordert werde. Die Schule, die sich in einem dauernden Zustande der Notwehr befindet, ist leider eine Einrichtung für allzu viele. Nach der Lebensdauer der Kinderstufe folgt die Dummheit der Schulkollegen. Wir sind bemüht, gesunde Verhältnisse zu schaffen. Finanzielle Räte drängt im Schulreformwesen leider zu äußerster Sparsamkeit. Auf 110 000 Lehrer in 560 staatlichen Schulen kommen in Preußen 80 Regierungen und Schulkollegen, auf 200 Klassen ein Schulkollege (1). Das hemmt naturgemäß manchmal individuelles Einfühlen in die Einzelaufgaben. Nie solle der Revisor vergessen, daß er es mit Menschen zu tun hat, für die der Aufsichtsbegriff trotz allem zuerst ein fremdes beunruhigendes Element darstelle. Er müsse langsam mit Urteil und Zurückhaltung sein, sich zu hören und nie die langsame Entwidlung der Arbeit des Lehrers fördern. In temperamentvollen Ausführungen trat der Leiter des Abends, Genosse Prof. Dr. Kästner entgegen. Er nannte den Schulkollegen eine „eingelermochten humanisierte Geißel Gottes“, ein denkbar überflüssiges und höchst kostspieliges Möbel. Er kritisierte, daß man die kollegiale Schulkollegenverwaltung so bald abgebaut habe. Das bedeute gerade die Hinne ins Korn werfen. Nach längerer Diskussion, in der auch ein Schulkollege das Wort ergriff, legte sich Dr. Kästner im Schlußwort nochmals für eine Schulrevision im Geiste der neuen Zeit ein.

Auf der Fliegersuche.

Trümmer des Atlantikfliegers gesichtet.

Paris, 18. Mai. (W.T.B.) Nach einer Agenturmeldung aus Boston hat der Kapitän des dort eingetroffenen Rotterdam-Dampfers „Bellapline“ erklärt, 200 Meilen von der Küste von Massachusetts auf See Trümmer gesichtet zu haben, die den Flügeln eines Flugzeuges geähnelt hätten. Er habe sie aufnehmen wollen, sei jedoch durch den Einbruch der Dunkelheit daran verhindert worden. „New York Herald“ berichtet aus New York, daß ein großes Flugzeug in ungefähiger 3000 Fuß Höhe bei Kap. Sable am Montag, dem 9. Mai, vormittags in Richtung Boston von der Befragung eines Rum-Schmugglers gesichtet worden sei. „Chicago Tribune“ jedoch will mitteilen können, daß alle diese Nachrichten vollkommen unbestätigt seien. Nach einer Havas-Nachricht aus Roulogne Sur-Mer fand ein Fischer in seinem Netz eine vollkommen geschlossene Flasche, in der ein Zettel steckte mit den Worten: „12. 5. 27. Sind ohne Lebensmittel, lebt alle wohl! Hunger und Koll.“ Die Flasche mit ihrem Inhalt sei von zuständiger Stelle geprüft worden, man glaube jedoch, daß es sich um einen üblen Scherz handelt, da die beiden Piloten es sicherlich nicht unterlassen hätten, nähere Angaben über den Ort, wo sie eventuell hätten niedergehen müssen, zu machen.

Der Tod am Bahnübergang.

Drei Opfer einer Autofahrt.

Naundorf bei Ruhland, 18. Mai. Das Auto des Kaufmanns Hiller aus Großenhain fuhr heute auf der Chaussee Ruhland-Senfenberg in den Zug der Kleinbahn Causchhammer-Ruhland. Das Auto wurde völlig zertrümmert. Herr und Frau Hiller sowie ein Mitfahrer waren sofort tot. Der Chauffeur wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Krankenhaus gebracht. Die Bahnstrecke hat an dieser Stelle keine Schranke.

Das „Goldene Rad“ heute abend auf der Olympia-Radrennbahn. Das „Goldene Rad“ fiel am Dienstag abends der unglücklichen Witterung zum Opfer und mußte wiederum verlagert werden. Dieses Mal sind 100 km. Rennen nicht nur heute abend mit ununterbrochener Befragung aus-

